

## **Mitten in der diplomatischen Knochenarbeit**

«Die Chance, dass wir uns mit der EU nicht finden ist real genug, dass wir uns mindestens mit möglichen Konsequenzen auseinander setzen müssen!», meinte Jakob Kellenberger an einer Veranstaltung der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs) in Kooperation mit der parlamentarischen Gruppe «Schweiz-EU» diese Woche. Im Fraktionszimmer der SVP diskutierte er mit Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga und dem Direktor des Global Studies Institute Genf, Nicolas Levrat, die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI). Trotz des schönen Wetters fanden sich knapp 100 Parlamentsmitglieder und geladene Gäste im Bundeshaus ein, um über den dualen Ansatz des Bundesrats, Schutzklauseln und die momentane Unsicherheit zu sprechen. Die Parlamentarische Gruppe, präsiert von Doris Fiala, Martin Naef und Francine John-Calame, setzt sich zusammen mit der Nebs für eine fundierte und konstruktive Europadebatte ein.

### **Quadratur des Kreises**

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga betonte gleich zu Beginn die Komplexität des Dossiers und der Verhandlungen (mit einem Augenzwinkern fügte sie hinzu, dass neben dem Kuss von Jean-Claude Juncker auch Gespräche geführt wurden). Der Bundesrat verfolgt einen dualen Ansatz und unterscheidet EU/EFTA-Länder und Drittstaaten. Das Ausländergesetz sowie das Freizügigkeitsabkommen sollen beide angepasst werden und den Inländervorrang und Kontingente einschliessen. Die Umsetzung der MEI bleibt eine Quadratur des Kreises, bei welcher die Endergebnisse schwer abzuschätzen sind. Der Bundesrat werde aber alles daran setzen, die schwierigen Verhandlungen erfolgreich abzuschliessen. "Das erste Wort im Leben ist nicht zwingend immer das Letzte!", meinte Sommaruga. Die Bundespräsidentin erinnerte ausserdem nochmal daran, dass nicht der Bundesrat sondern die Initianten für die momentane Rechtsunsicherheit verantwortlich sind.

### **Harte Verhandlungen mit offenem Ausgang**

Die Auswirkungen der Masseneinwanderungsinitiative seien im Global Studies Institute in Genf bereits zu spüren, meinte dessen Direktor Nicolas Levrat. Er analysierte aus Sicht der Lehre. Aussenpolitisch sieht er die Schwierigkeit darin, dass die MEI die DNA der Europäischen Union angreife, nämlich die Personenfreizügigkeit. Die Europäische Union habe Angst, dass sich ihre Mitgliedstaaten mögliche Zugeständnisse an die Schweiz zu Nutze machten und dies Spannungen innerhalb der EU provozieren könnte. Die Schweizer Diplomaten müssten sich also auf einen harten Verhandlungspartner gefasst machen. Auf der innenpolitischen Linie erinnerte Levrat an die möglichen Konflikte die zwischen Regionen und Branchen durch die Einführung der Kontingente entstehen könnten. Diesen Umständen müsse bereits bei der Ausarbeitung der Kontingente Rechnung getragen werden.

### **Mit Konsequenzen auseinandersetzen**

Der alt-Staatssekretär und ehemalige Präsident des IKRK, Jakob Kellenberger, stellte schon zu Beginn seines ausdrucksstarken Referats klar, dass in den neunziger Jahren die Schweiz „demandeur“ der Bilateralen I gewesen sei. Diese wurden später mit 67% angenommen und als grosser Erfolg verbucht. Herr Kellenberger, damals Chefunterhändler der Bilateralen I, berichtete, dass die Guillotineklausel wegen der zahlreichen, schwer voraussehbaren Referenden in der Schweiz von der EU gefordert wurde. Die momentane Ungewissheit in den Verhandlungen mit der EU bezüglich der MEI-Umsetzung, sei schwierig für die Schweizerinnen und Schweizer. Kellenberger wünscht sich, – auch im Interesse unseres Landes - dass diese Zeit der Ungewissheit, nicht genutzt werde, um am Feindbild der EU zu feilen. Zu den Verhandlungen meinte der ehemalige IKRK-Präsident, die Chance, dass sich die beiden Partner nicht finden, sei real genug, um sich mindestens mit möglichen Konsequenzen auseinanderzusetzen.

### **Unser besonderes Schutzbedürfnis**

Sommaruga schloss in der anschliessenden Diskussion die Verwendung von Schutzklauseln nicht aus. Herr Kellenberger bemerkte darauf mit einem Lächeln, dass die Schweiz Expertin für Schutzklauseln sei und stets ein „besonderes Schutzbedürfnis“ hege. Er befände es für gut, dass man sich bei den Verhandlungen noch nicht auf ein finales Ziel festlegen möchte. Man solle aber vor allem davon absehen, der EU ihr Handwerk erklären zu wollen. Weiter fügte er mit Blick auf die Masseneinwanderungsinitiative an: "Nicht der Zweck heiligt die Mittel. An den Mitteln erkennt man die Wahrheit des Zwecks!". Die Bundespräsidentin sagte schliesslich, es helfe nichts, darüber zu lamentieren, wo die EU Retorsionsmassnahmen ergreifen könnte, da dies nur die Verhandlungsposition der Schweiz zusätzlich schwächt. Das Einzige was im Moment helfe, sei diplomatische Knochenarbeit.

Alle Referenten waren sich einig, dass die Rechtsunsicherheit so schnell als möglich überwunden werden muss und dass es in der momentanen Situation unklug ist, sich auf eine bestimmte Lösung zu fixieren. Gleichzeitig wiesen die Experten auch auf den Nutzen der Beziehungen zur Europäischen Union hin. Das ist eine weitere Auswirkung der Masseneinwanderungsinitiative: Dass die positiven Aspekte der europäischen Integration wieder öffentlich angesprochen werden. So auch am vergangenen Mittwoch im Fraktionszimmer der SVP.